

# 1 **Schulpolitik im ländlichen Raum**

2

3 Aufgrund des demographischen Wandels und der zurückgehenden  
4 Schülerzahlen werden einige Schulstandorte im ländlichen Raum in  
5 wenigen Jahren in Ihre Existenz bedroht sein. Diese Entwicklung wird  
6 sich auch im Kreis Borken bemerkbar machen. Die CDU im Kreis Borken  
7 stellt sich den neuen Herausforderungen, um möglichst viele Schulen in  
8 unserem ländlichen Raum zu erhalten.

9

10 **Ziel ist, ein attraktives Modell für unsere Region zu finden.**

11

12 Gemeinsam mit den Schulträgern soll im Land ein passgenaues und  
13 differenziertes Konzept entwickelt werden. Hier ist vor allen Dingen auf  
14 Qualität, Flexibilität und besondere örtliche Belange zu achten zum  
15 Wohle und Vorteil unserer Kinder. Dieses Papier soll ein  
16 Diskussionsbeitrag aus Sicht des ländlichen Raums für die Beratungen  
17 der CDU Nordrhein-Westfalen sein, die sich in 2011 zu dieser Thematik  
18 positionieren wird.

19 **Folgende Eckpunkte sind aus unserer Sicht zu berücksichtigen:**

20

21 1. Über die Förderung der Kinder im vorschulischen Bereich muss  
22 erneut nachgedacht werden – vor allem im Hinblick auf das letzte  
23 Kindergartenjahr. Ziel muss es dabei sein, allen Kindern, besonders  
24 den noch nicht Schulfähigen, den Übergang zur Regelschule durch ein  
25 gutes „Übergangsmanagement“ zu erleichtern.

26

27 2. Die vierjährige Grundschule hat sich bewährt. Es gibt keine  
28 hinreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass ein längeres  
29 gemeinsames Lernen den einzelnen Schüler in seiner Entwicklung  
30 besser fördert. Zudem gilt das Prinzip „kurze Wege für kurze Beine“  
31 gerade für Grundschulen besonders, sie müssen wohnortnah zu  
32 erreichen sein.

33

34 3. Eine Differenzierung in die jeweilige Schulform sollte weiterhin  
35 entsprechend der Grundschulgutachten ab Klasse 5 stattfinden.

36

37 4. Ein zweigliedriges Schulsystem schafft alle Möglichkeiten zur  
38 Differenzierung und damit zur besseren Durchlässigkeit und  
39 Flexibilität, so dass den individuellen Problemen und Neigungen der  
40 Schüler im Sinne einer optimalen Förderung Rechnung getragen  
41 werden kann. Neben dem Gymnasium könnte sich so als weitere

42 Schulform eine Verbund- bzw. Mittelschule heraus bilden. Die  
43 bestehenden gut funktionierenden Haupt- und Realschulen sollen, so  
44 lange es von den Beteiligten vor Ort gewünscht wird, eigenständig  
45 erhalten bleiben können.

46

47 5. Berufskollegs sind gerade im ländlichen Raum eine anerkannte und  
48 vielfach genutzte Alternative zur gymnasialen Oberstufe und zum  
49 Erwerb der Hochschulreife. Sie müssen in ihrem Bestand gesichert  
50 bleiben.

51

52 6. Um eine individuelle Förderung für unserer Schülerinnen und Schüler  
53 zu gewährleisten, sind kleinere Klassen zu bilden, um die beste  
54 Möglichkeit für guten Unterricht mit qualifizierten Lehrerinnen und  
55 Lehrer an den Schulen zu schaffen.

56

57 7. Schulen müssen in ihre Selbständigkeit und Individualität gestärkt  
58 werden. Mehr Wettbewerb durch Profilbildung sollte die Zukunft  
59 sein.

60

61 8. Dem bevorstehenden Lehrermangel in ländlichen Regionen muss  
62 entgegengewirkt werden. Die Kreativität der Kommunen ist hier auch

63 gefragt, um die Attraktivität des ländlichen Raumes den angehenden  
64 Lehrerinnen und Lehrern zu verdeutlichen.

65

66 9. Das Thema Inklusion wird in den kommenden Jahren an Bedeutung  
67 zunehmen. Die CDU im Kreis Borken spricht sich für eine qualifizierte  
68 individuelle Förderung der einzelnen Belange eines jeden Kindes an  
69 einem wohnortnahen Standort aus. Situationsspezifisch muss dabei  
70 abgewogen werden, wo und wie gefördert werden kann, denn das  
71 Wohl des Kindes steht im Vordergrund. Grundsätzlich ist die  
72 allgemeine Schule der Regelförderort. Eltern können aber auch  
73 weiterhin für ihre Kinder eine Förderschule wählen. Auch  
74 Förderschulen sollen eine inklusive Schule für Kinder mit und ohne  
75 Behinderung werden.

76

77 10. Zukünftige Schulplanungen müssen die Bedingungen des  
78 Sozialraums berücksichtigen, die Balance zwischen notwendiger  
79 Mindestgröße und der gerade für den ländlichen Raum sehr  
80 wichtigen Wohnortnähe halten und ausdrücklich im regionalen  
81 Konsens entwickelt werden. Dabei muss den neuen

82 Herausforderungen Rechnung getragen und bei Bedarf mit der  
83 nötigen Flexibilität vor Ort agiert werden können.

84

85